

83.575

**Postulat Graf****Waffenloser Dienst – Service militaire non armé***Text des Postulates vom 26. September 1983*

Der Bundesrat wird eingeladen, die Frage zu prüfen, ob für jene Dienstpflichtigen, die einen Dienst mit der Waffe ablehnen, spezielle Rekrutenschulen zur Ausbildung für unbewaffnete Dienstleistungen durchgeführt werden könnten, so dass es diesen Dienstpflichtigen später möglich wäre, ihre Dienstpflicht bei Truppeneinheiten oder Stäben im Rahmen der normalen Wiederholungskurse zu erfüllen.

*Texte du postulat du 26 septembre 1983*

Le Conseil fédéral est invité à examiner la possibilité de créer, à l'intention des personnes astreintes au service militaire qui refusent le port d'armes, des écoles de recrues spéciales qui leur assureraient une formation leur permettant d'accomplir des services non armés; ils pourraient ainsi remplir par la suite leurs obligations militaires au sein d'unités de la troupe ou d'états-majors dans le cadre de cours de répétition normaux.

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates**Rapport écrit du Conseil fédéral*

Gemäss Verordnung des Bundesrates vom 24. Juni 1981 über den waffenlosen Militärdienst aus Gewissensgründen werden Unbewaffnete in der Regel in den Sanitäts- oder den Luftschutztruppen eingeteilt. Dementsprechend absolvieren sie auch die Rekrutenschulen dieser Truppengattungen. Diese Regelung hat sich bewährt.

Der Vorschlag, für Dienstpflichtige, die den Dienst mit der Waffe ablehnen, besondere Rekrutenschulen durchzuführen und sie erst nachher einer bestimmten Truppengattung zuzuweisen, muss abgelehnt werden, und zwar aus folgenden Gründen:

Die Ausbildung der Rekruten hat sich in erster Linie nach den Bedürfnissen der Armee und der einzelnen Truppengattungen zu richten. Der Einsatz von Waffenlosen bei der Truppe wäre kaum gewährleistet, wenn diese in einer Rekrutenschule ausgebildet würden, in der nicht die für diese Truppe spezifische Grundausbildung vermittelt wird.

Das Zusammenfassen von Waffenlosen in besonderen Formationen hat sich bei den Sanitäts- und Luftschutztruppen, wo entsprechende Versuche gemacht wurden, nicht bewährt und sich ungünstig auf eine zielgerichtete Ausbildung ausgewirkt. Bei der Truppe müssen deshalb Waffenlose zusammen mit Waffentragenden in denselben Formationen eingeteilt werden. Es ist nicht einzusehen, weshalb dies nicht auch weiterhin in den Rekrutenschulen möglich sein sollte.

Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass für allfällige besondere Rekrutenschulen für Waffenlose weder Ausbildungsanlagen, noch das erforderliche Ausbildungspersonal zur Verfügung stehen.

Im Hinblick auf eine verbesserte Differenzierung der Diensttauglichkeit, die gegenwärtig studiert wird, soll vermehrt auf Waffenlose Rücksicht genommen werden. Besondere Rekrutenschulen und Truppenkurse für diese Kategorie von Armeeangehörigen können aber aus den angeführten Gründen nicht in Frage kommen.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates**Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat empfiehlt, das Postulat abzulehnen.

**Le président:** M. Graf, qui a dû s'absenter, m'a communiqué qu'il accepte la décision du Conseil fédéral. Le postulat est donc rejeté.

*Abgelehnt – Rejeté*

83.588

**Motion Renschler****Berufsfeuerwehrlaute.****Befreiung vom Militärdienst****Sapeurs-pompiers professionnels.****Exemption du service militaire***Wortlaut der Motion vom 5. Oktober 1983*

Der Bundesrat wird ersucht, Artikel 13 des Bundesgesetzes über die Militärorganisation in dem Sinne zu ändern, dass das Personal der Berufsfeuerwehrlaute analog den Angehörigen der organisierten Polizeikorps vom Militärdienst befreit wird.

*Texte de la motion du 5 octobre 1983*

Le Conseil fédéral est chargé de modifier l'article 13 de l'Organisation militaire de la Suisse de telle sorte que les sapeurs-pompiers professionnels soient exemptés du service militaire au même titre que les agents des corps de police organisés.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Bratschi, Braunschweig, Chopard, Egli, (Merz), Reimann, (Rothen), Stappung, Uchtenhagen, Zehnder (10)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Die Angehörigen der Berufsfeuerwehr sind gemäss Verordnung vom 8. Juli 1981 vom aktiven Dienst dispensiert, müssen aber den Instruktionsdienst uneingeschränkt leisten. Diese Regelung war schon wiederholt Anlass von Kritik, vor allem dann, wenn die meist schon knappen Personalbestände wegen Militärdienst weiter reduziert werden und die Aufrechterhaltung des permanenten Feuerwehrdienstes in Frage gestellt wird. Es macht auch wenig Sinn, dass das Personal der Berufsfeuerwehren Militärdienst leisten muss, aber im Ernstfall seinen militärischen Einheiten nicht zur Verfügung steht, da es – wie erwähnt – vom aktiven Dienst dispensiert ist. Dadurch entstehen dem Militär und den Gemeinden mit Berufsfeuerwehren unnötige Kosten und organisatorische Probleme. Besonders stossend wird von den Angehörigen der Berufsfeuerwehren empfunden, dass sie nicht gleich behandelt werden wie die Angehörigen der Polizeikorps, obwohl die Berufsfeuerwehren einen in der Bedeutung für die Bevölkerung gleichwertigen öffentlichen Dienst verrichten.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates**Rapport écrit du Conseil fédéral*

Gemäss Bundesgesetz über die Militärorganisation ist die Wehrpflicht durch persönliche Dienstleistung in der Armee zu leisten. Wer die Wehrpflicht nicht durch persönliche Dienstleistung erfüllt, hat den Militärpflichtersatz zu bezahlen.

In Artikel 13 des Bundesgesetzes über die Militärorganisation ist abschliessend geregelt, wer während der Dauer seines Amtes oder seiner Anstellung keinen Militärdienst zu leisten hat. Das Bundesgesetz über den Militärpflichtersatz in seiner Fassung vom 22. Juni 1979 befreit diese Personen- und Berufsgruppen gleichzeitig vom Militärpflichtersatz; sie erfüllen die Wehrpflicht mit ihrer beruflichen Tätigkeit.

Die Angehörigen der Berufsfeuerwehren – solche bestehen in den Städten Zürich, Bern, Lausanne, Basel, St. Gallen

und Genf – fallen nicht unter diese Regelung. Sie werden aber auf Gesuch hin vom aktiven Dienst dispensiert und stehen somit im Ernstfall dort zur Verfügung, wo sie der Gemeinschaft am meisten nützen.

Die Frage, ob Artikel 13 des Bundesgesetzes über die Militärorganisation erweitert und die Dienstbefreiung auf andere Personengruppen ausgedehnt werden soll, ist vor einigen Jahren von einer Arbeitsgruppe des Militärdepartementes eingehend geprüft worden. Massgebend dabei waren die zivilen Bedürfnisse im Rahmen der Gesamtverteidigung. Die Arbeitsgruppe kam zum Schluss, dass keine Notwendigkeit für die Befreiung der Berufsfeuerwehrlaute vom Militärdienst besteht. Mit der Dispensation vom aktiven Dienst ist die Einsatzfähigkeit der Berufsfeuerwehren im Mobilmachungsfall gewährleistet.

An dieser Beurteilung hat sich nichts geändert. Der Bundesrat sieht keine Notwendigkeit für die Befreiung der Berufsfeuerwehrlaute vom Militärdienst.

#### *Schriftliche Erklärung des Bundesrates*

#### *Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat empfiehlt, die Motion abzulehnen.

**Renschler:** Ich halte an dieser Motion fest und stelle fest, dass der Bundesrat eine sehr magere Begründung für seine Ablehnung offeriert. Er weist darauf hin, dass es vor einigen Jahren eine Arbeitsgruppe gegeben hätte, die die Ausdehnung der Dienstfreiheit auf weitere Berufsgruppen geprüft habe. Das ist eigentlich das einzige Argument, das der Bundesrat ins Feld führt, um die Motion abzulehnen. Es wird dazu keine materielle Begründung gegeben. Diese magere Begründung ist nichts anderes als eine Feststellung der Tatsache, dass offenbar Probleme bestehen und dass offenbar einige Berufsgruppen – nicht nur die Berufsfeuerwehr, die bei meiner Motion zur Diskussion steht – das gleiche Anliegen haben wie die Berufsfeuerwehr.

Wenn der Bundesrat ausführt, mit der gewährten Dispensation vom aktiven Dienst sei die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr im Mobilmachungsfall gewährleistet, dann gibt er mir eine Antwort auf eine Frage, die ich gar nicht gestellt habe. Die Einsatzfähigkeit der Berufsfeuerwehr im Ernstfall steht überhaupt nicht zur Diskussion. Sie darf wohl als gegeben vorausgesetzt werden.

Meine Motion will eigentlich zweierlei: Erstens will sie die ungleiche Behandlung von gleichartigen Berufskategorien beseitigen, und zweitens will die Motion Einsparungen von unnötigen – hier nun tatsächlich unnötigen – Personalaufwendungen für die Städte mit Berufsfeuerwehren. In Artikel 13 des Bundesgesetzes über die Militärorganisation sind die Personen und Berufskategorien aufgezählt, die vom Militärdienst befreit sind. Ich will Ihnen nicht die ganze Liste herunterlesen, aber es fallen unter anderem in diese Kategorie: die Angehörigen der Polizeikörpers, die Gefängniswärter der Strafanstalten, das Pflegepersonal öffentlicher Krankenhäuser, Sanatorien und Heime, das Personal der PTT und SBB und – nicht zu vergessen – auch die Geistlichen, die nicht Feldprediger sind. Es ist mir persönlich unverständlich, dass Angehörige der Berufsfeuerwehr vom Militärdienst im Aktivdienst zwar dispensiert sind, den Instruktionsdienst aber leisten müssen. Ich sehe tatsächlich keinen Grund, weshalb die Berufsfeuerwehr anders behandelt wird als die Kategorien, die ich soeben erwähnt habe. Es hat auch keinen Sinn, wenn man hier anders verfährt. Im Gegenteil, es ist unsinnig, wenn man die Berufsfeuerwehr nicht vom Dienst befreit.

Damit komme ich zum zweiten Motiv meiner Motion. Den Gemeinwesen mit Berufsfeuerwehren erwachsen zusätzliche personelle und organisatorische Probleme, weil die Berufsfeuerwehrlaute Instruktionsdienst leisten müssen. Diese Probleme werden noch durch die zur politischen Mode gewordenen Personalstopp- und Abbaumassnahmen vergrössert. Dagegen kann man einwenden, dasselbe gelte auch für andere öffentliche und private Arbeitgeber. Das stimmt. Nur leisten diese Arbeitgeber mit dem, was sie dem

Personal zugestehen müssen für den Militärdienst, einen Beitrag zur Wehrbereitschaft, wie er Usanz und notwendig ist. Aber bei der Berufsfeuerwehr fällt gerade dieses Argument weg, denn sie steht ja im Ernstfall doch nicht für den Aktivdienst zur Verfügung, weil sie von davon dispensiert ist. Soweit ich orientiert bin, gab es von seiten der Gemeinden mit Berufsfeuerwehren – es sind nicht allzu viele – schon verschiedentlich Interventionen auf Bundesebene, um diese Dienstfreiheit zu erhalten. Gerade Bundesrat Delamuraz sollte für dieses Anliegen Verständnis haben; denn soweit ich orientiert bin, hat vor allem die Stadt Lausanne in dieser Angelegenheit sehr aktiv gewirkt.

Ich bitte Sie, die Motion zu überweisen.

**M. Delamuraz, conseiller fédéral:** Lorsque l'on parle dans cette enceinte d'exercices de pompiers, c'est le plus souvent lorsque l'on parle des finances fédérales! Je suis donc très heureux de parler de ces garçons sympathiques qui constituent les corps de sapeurs-pompiers professionnels de nos grandes villes. Je connais, Monsieur Renschler, l'efficacité de leur engagement et si par hasard je l'avais oubliée, les autorités de la ville de Lausanne, qui me sont proches par le cœur et par l'histoire, m'ont rappelé il y a très peu de temps que j'aurais bien raison d'avoir une attitude positive, à votre exemple, en adoptant votre motion. Je n'ai pourtant pas pu être converti, parce que le problème se pose dans les termes suivants.

Nous devons absolument limiter d'une manière très restrictive les catégories professionnelles de citoyens suisses libérés du service obligatoire. Sinon, en ouvrant largement les portes, nous créerions des inégalités et, dès lors que nous aurions admis, par exemple, les sapeurs-pompiers professionnels, vous pouvez être certain que se précipiteraient, à leur suite, tous les pompiers semi-professionnels qui, dans de nombreuses villes de moindre dimension, sont également appelés à assumer des services de piquet. Nous n'aurions que peu d'arguments à opposer à leurs prétentions. Que dirions-nous ensuite aux policiers, qui ne sont pas tous, tant s'en faut, exemptés de service militaire? La justification de leur place dans les corps de police, au lieu de trois semaines de cours de répétition, est tout aussi valable que pour les pompiers, et cela coûte tout aussi cher aux finances des municipalités. Que dirions-nous encore à un certain nombre de fonctionnaires des PTT qui, eux non plus, ne bénéficient pas de dispense de cet ordre? Que dirions-nous aux techniciens des services des eaux, qui doivent assumer des permanences de fonctionnement et de gestion des appareils techniques qui leur sont confiés?

Tout cela paraît devoir nous dicter une attitude extrêmement restrictive en matière de dispense, d'autant plus que je dois encore vous faire part de deux arguments qui ne sont pas ou peu cités dans la réponse du Conseil fédéral.

Le premier argument est qu'en période de service actif, il s'agit le plus souvent de gens qui sont dispensés parce qu'ils seraient engagés à un autre titre à la défense globale et que leur place serait dans ce dispositif-là.

Quant au travail qu'ils peuvent effectuer au service militaire, il n'est pas, comme vous le dites dans le développement de votre motion, inutile. Cela leur fait du bien, comme à tous les militaires de cette armée, d'accomplir quelques semaines de cours de répétition, ce n'est pas du temps perdu; inversement, ils peuvent apporter, en spécialistes qu'ils sont, à leurs unités, pendant ces trois semaines de service militaire, un certain nombre de connaissances qui sont utiles et profitables à l'armée.

C'est cet ensemble d'arguments qui a conduit le Conseil fédéral à vous proposer le rejet de la motion. Nous aurions pu pratiquer une méthode parfois utilisée, celle de la transformation en postulat, que l'on range ensuite très soigneusement au fond du plus profond tiroir et que l'on exhume trois ou quatre législatures plus tard. Il nous a paru moins hypocrite de procéder à vif et directement. Voilà pourquoi, malgré notre sympathie pour vos amis les sapeurs-pompiers, je maintiens pourtant notre proposition de refus.

**Le président:** Le Conseil fédéral propose de refuser la motion Renschler. M. Renschler maintient sa motion.

*Abstimmung – Vote*

Für die Überweisung der Motion  
Dagegen

22 Stimmen  
60 Stimmen

82.575

**Motion Houmard**

**Bundesverwaltung. Dezentralisierung  
Administration fédérale. Décentralisation**

81.573

**Interpellation Robbiani****Tätigkeit von Banken. Kontrolle****Activité des banques. Mesures de contrôle**

Siehe Jahrgang 1982, Seite 548  
Voir année 1982, page 548

*Diskussion – Discussion*

**Le président:** M. Robbiani estime que vu le temps passé jusqu'à la discussion, celle-ci n'a plus d'objet et il retire sa demande de discussion.

82.449

**Interpellation Humbel****Wohnungseigentum. Förderung****Accès à la propriété du logement**

Siehe Jahrgang 1982, Seite 1475  
Voir année 1982, page 1475

*Diskussion – Discussion*

**Le président:** M. Humbel est absent. La discussion a été décidée. La parole n'est pas demandée, je pense que la discussion est close.

82.592

**Interpellation Butty****Bundesamt für Statistik. Verlegung****Office fédéral de la statistique. Transfert**

Siehe Jahrgang 1983, Seite 1549  
Voir année 1983, page 1549

*Diskussion – Discussion*

**Le président:** M. Butty est absent. La parole n'est pas demandée.

*Wortlaut der Motion vom 7. Oktober 1982*

Gewisse Gebiete unseres Landes sind von der technologischen Revolution stärker betroffen als andere. Der Bund ist gehalten, auf allen Gebieten Einsparungen zu machen, und der Bundesrat wurde in den letzten Jahren in mehreren Vorstössen aufgefordert, unter Berücksichtigung des Grundstückproblemes (Bodenpreise) und der Lebenskosten (z. B. Miete) eine Dezentralisierung der Bundesverwaltung in Betracht zu ziehen. Die Dezentralisierungsbemühungen haben oft nicht zum Ziel geführt, da der Verwaltungsbetrieb erschwert worden wäre. Die Stadt Biel, von der Entfernung her «Vorstadt» Berns und in Schule und Verwaltung durchgehend zweisprachig, bietet für eine reibungslose Ansiedlung von Stellen der Bundesverwaltung jede Gewähr.

Für das Bundesamt für Statistik muss eine zweckmässigerer Unterkunft gefunden werden. Zurzeit wird ein Neubau in Erwägung gezogen. Trotz der Abklärungsarbeiten, die bereits durchgeführt worden sind, und gestützt auf die oben erwähnten, sehr wichtigen Gesichtspunkte wird der Bundesrat eingeladen, zu untersuchen, ob im Sinne der Dezentralisierung nicht ein Bundesamt nach Biel verlegt werden könnte, sowie insbesondere die Wahl des Standorts für das Bundesamt für Statistik nochmals zu überprüfen und seine Verlegung nach Biel ins Auge zu fassen.

*Texte de la motion du 7 octobre 1982*

Certaines régions de notre pays sont davantage touchées que d'autres par la révolution technologique. La Confédération est appelée à faire des économies dans tous les domaines. Plusieurs interventions au cours de la dernière décennie ont demandé au Conseil fédéral d'envisager la décentralisation en considérant les aspects fonciers (prix des terrains) et le coût de la vie (p. ex. location). Les efforts de décentralisation n'ont souvent pas abouti pour des raisons de complications administratives. La ville de Bienne, «Faubourg de Berne» quant à la distance, et ville parfaitement bilingue aux plans scolaire et administratif, offre toutes les garanties pour une implantation facile de l'administration fédérale.

L'Office fédéral de la statistique doit être logé de façon plus rationnelle et une étude d'une nouvelle construction est en cours. Malgré cette étude et me basant sur les points essentiels cités plus haut, le Conseil fédéral est invité à étudier la décentralisation d'un Office fédéral en ville de Bienne et en particulier à reconsidérer l'implantation de l'Office fédéral de la statistique et à envisager un déplacement de celui-ci dans cette ville.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Aubry, Gehler, Kohler Raoul, (Loetscher) (4)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

a. Principes. La décentralisation de l'administration fédérale ou des grandes régies nationales a été évoquée à plusieurs reprises déjà. Nous songeons, entre autres, aux postulats de nos collègues Stucki du 15 mars 1972 et Biderbost du 18 décembre 1980, à la motion Hösli du 21 juin 1978 ou à l'interpellation Donzé du 8 juin 1981.

L'originalité de notre intervention réside toutefois dans le fait que nous ne nous bornons pas à un constat d'ordre général ou applicable à un ensemble de régions et postulant des conséquences tout aussi classiques, mais nous nous attachons à la présentation d'une motion géographiquement précise et étayée par des arguments circonstanciés.

## **Motion Renschler Berufsfeuerwehrlaute. Befreiung vom Militärdienst**

## **Motion Renschler Sapeurs-pompiers professionnels. Exemption du service militaire**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1984
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	83.588
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	22.03.1984 - 15:00
Date	
Data	
Seite	390-392
Page	
Pagina	
Ref. No	20 012 304

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.  
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.  
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.